Innerhalb der letzten 48 Stunden wurden mehrere Dienste des französischen Staates von heftigen Cyberangriffen heimgesucht, die nach Angaben von Matignon (dem Amtssitz des französischen Premierministers) eine bisher unerreichte Intensität aufweisen. Trotz dieser beispiellosen Angriffswelle konnte deren Auswirkung jedoch minimiert werden; der Zugang zu allen staatlichen Websites wurde wiederhergestellt. Unter den Hackergruppen, die diese Angriffe für sich beanspruchen, befindet sich Anonymous Sudan, eine Gruppe, die Russland unterstützt und islamistischen Ideen zugetan ist.

Obwohl die Auswirkungen der Cyberangriffe begrenzt blieben, stellt die Intensität der seit Sonntag gegen mehrere Staatsdienste gerichteten Angriffe ein Novum dar. Die Wiederherstellung des Zugangs zu den betroffenen staatlichen Websites markiert einen ersten Erfolg in der Bekämpfung dieser digitalen Bedrohungen. „Seit gestern Abend (Sonntag) sind mehrere Staatsdienste Ziel von Cyberangriffen geworden, deren technische Methoden klassisch, deren Intensität jedoch beispiellos ist“, erklärte das Büro des französischen Premierministers. Besonders betroffen ist unter anderem das Arbeitsministerium, wie eine interne Quelle berichtet.

Verschiedene Hackergruppen haben sich auf der Plattform Telegram zu diesen Angriffen bekannt. Unter ihnen befindet sich Anonymous Sudan, eine Gruppe, die sowohl Russland als auch verschiedene islamistische Gruppen unterstützt. Die Hacker sprechen von einer „massiven Cyberattacke“, die insbesondere die Ministerien für Wirtschaft, Kultur, ökologischen Übergang, den Dienst des Premierministers sowie die Generaldirektion für Zivilluftfahrt (DGAC) ins Visier genommen hat.

Die Verantwortung von Anonymous Sudan wird als „glaubwürdig“ eingestuft. Als Reaktion auf die Angriffe wurde bereits am Sonntagabend eine Krisenzelle aktiviert, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen und die Kontinuität der staatlichen französischen IT-Dienste zu gewährleisten. „Bislang konnten die Auswirkungen dieser Angriffe für die meisten Dienste minimiert und der Zugang zu den Staatswebsites komplett wiederhergestellt werden“, heißt es aus Matignon.

Die für die digitale Verwaltung zuständigen Teams der DINUM (interministerielle Direktion für Digitalisierung) und der ANSSI (nationale Agentur für die Sicherheit von Informationssystemen) setzen ihre Filter- und Sicherheitsmaßnahmen fort, bis die Angriffe vollständig abgewehrt sind.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Paris diesen Sommer und der Europawahlen am 9. Juni warnte der Generalsekretär für Verteidigung und nationale Sicherheit (SGDSN), Stéphane Bouillon, bereits am 6. März vor erheblichen Risiken und ausländischen Manipulationen. Eine

Sensibilisierungssitzung für alle französischen politischen Parteien, die an den Europawahlen teilnehmen, ist für den 29. März geplant. Ziel ist es, das Bewusstsein für sogenannte Hybridbedrohungen zu schärfen und die Risiken von Cyberangriffen, Informationsmanipulation und ausländischen Einmischungen zu diskutieren.

Auch der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu hatte am 20. Februar zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen aufgerufen, um den russischen Bedrohungen durch Sabotage und Cyberangriffe, die insbesondere sein Ministerium betreffen, entgegenzuwirken, wie aus einem internen Bericht hervorgeht, der der Nachrichtenagentur AFP vorliegt.